

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

C. H. Berlin, 2. Dezember.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 2. Dezember.

Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Vizepräsident v. Dechene u. A.

Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage zum Bankgesetz mit den dazu gestellten Anträgen: 1) des Abg. Grafen v. Stolberg auf Abänderung der Vorlage und 2) des Abg. v. Hüne auf Abänderung der Vorlage. Der Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Vizepräsident v. Dechene u. A. Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage zum Bankgesetz mit den dazu gestellten Anträgen: 1) des Abg. Grafen v. Stolberg auf Abänderung der Vorlage und 2) des Abg. v. Hüne auf Abänderung der Vorlage. Der Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Der Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Vizepräsident v. Dechene u. A. Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage zum Bankgesetz mit den dazu gestellten Anträgen: 1) des Abg. Grafen v. Stolberg auf Abänderung der Vorlage und 2) des Abg. v. Hüne auf Abänderung der Vorlage.

Der Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Vizepräsident v. Dechene u. A. Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage zum Bankgesetz mit den dazu gestellten Anträgen: 1) des Abg. Grafen v. Stolberg auf Abänderung der Vorlage und 2) des Abg. v. Hüne auf Abänderung der Vorlage.

Der Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Vizepräsident v. Dechene u. A. Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage zum Bankgesetz mit den dazu gestellten Anträgen: 1) des Abg. Grafen v. Stolberg auf Abänderung der Vorlage und 2) des Abg. v. Hüne auf Abänderung der Vorlage.

Der Präsident v. Dechene eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Vizepräsident v. Dechene u. A. Tagessordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage zum Bankgesetz mit den dazu gestellten Anträgen: 1) des Abg. Grafen v. Stolberg auf Abänderung der Vorlage und 2) des Abg. v. Hüne auf Abänderung der Vorlage.

Leistungen der Reichsbank zurückbleiben. Der Herr Bundespräsident habe u. a. auch geäußert, er (Redner) hätte ihn wiederholt belästigt — wenn er auch diesen Ausdruck nicht gebraucht hätte. Die Ehre, persönlich empfangen zu werden, sei ihm mehrfach zu Teil geworden, aber er habe sich nicht herabgelassen, sondern lediglich auf Wunsch des Präsidenten. Die Beschwerden seien zwar aus rein akademischen Erwägungen nicht herausgenommen, aber seine Zusage sei für die Landwirtschaft doch nicht ohne Nutzen gewesen, welcher auf seine Anregung erhebliche Erleichterungen gewährt wurden. Herr Bundespräsident habe es als Wähler beklagt, wenn Kreditinstitute für ein größeres Risiko, das sie übernehmen, durch weniger sichere Krediturkunden eine höhere Entschädigung, höhere Zinsen beanspruchten. Danach würden alle Versicherungsanstalten Bankgeschäfte betreiben. Die Reichsbank solle ja auch nicht mit angemessenen Beträgen dem Kleingewerbe unter die Arme greifen, in gewissen Grenzen aber könne sie Kredit gewähren, namentlich in Notfällen, wie bei der Ueberflutung in Ostpreußen. Redner verteidigt alsdann ausführlich die von ihm in der Kommission gemachten Vorschläge für eine anderweitige Organisation der Bank, die aber keine politische, noch weniger eine agrarische Seite hätten. Namentlich würde der beantragte Zentral-Ausschuss eine berechnete und legitime Vertretung der Bank sein. Dem Antrag des Grafen v. Stolberg könne er nicht beitreten, die Bedenken gegen denselben seien überzeugend dargelegt in einem Artikel der „Grenzboten“ und der „Deutschen Jahrbücher“. Die Aufgabe der Reichsbank, die Aufrechterhaltung der Währung, würde außerordentlich erschwert durch die Manipulationen der Privatbanken. Er hoffe, daß die Majorität der Reichsbank den Zentralbanken ein Ende machen werde. Die Reichsbank müsse eine Bank werden für ganz Deutschland.

Der Präsident v. Dechene: Er habe durchaus nicht beabsichtigt, mit seinen Bemerkungen den Vorredner persönlich zu kränken, er müsse aber doch seine Verwunderung darüber ausdrücken, wie der Redner seine schon so oft widerlegten Anforderungen immer wieder von Neuem wiederholen könne, wie das namentlich bei der Forderung der Verschmelzung der Reichsbank mit geringerer Sicherheit der Fall sei. Es sei von ihm doch auch wohl nicht unrichtig, wenn er sich auf die Erweiterung allgemeiner Diskontofragen hier nicht einlasse, Herr Camp möge sich mit dahin gehenden Anfragen an andere Stellen wenden, hier sei nicht der Ort und die Zeit dazu. (Beifall.)

Abg. Dr. Vamberger (Dfr.) will sich nur auf eine kurze Entgegnung gegen den Abg. Camp beschränken. Die Heraushebung von Artikel der Presse hier in den Reichstag sei eigentlich nicht angebracht, es sei dies eine Ehrenbezeigung gegen die Presse, welche diese gegen den Reichstag nicht in derselben Weise erwideren. Die von dem Redner angegebenen Artikel seien nichts weiter gewesen, als eine Wiederholung dessen, was hier im Reichstag vorgekommen sei. Die Verhandlungen über diese Frage hier im Reichstag seien übrigens von weit größerer Tragweite, als die Annahme der von der Regierung vorgelegenen Paragraphen. Das aber werde man als richtig zugeben, daß, wenn man ein solches Institut wie die Reichsbank angreife, man sich die Sache vorher doch rechtlich überlegen müsse und er behaupte, daß von allen hier gegen die Bank gerichteten Angriffen nach näherer Prüfung nicht ein einziger stehen bleiben werde. Wenn hier behauptet worden sei, die Reichsbank leiste für Preußen nicht das, was die sächsische Bank für Sachsen leiste, so ist das eine unersinnliche Behauptung, denn die trockenen statistischen Zahlen seien nicht im Stande, den Nachweis zu führen. Wer sich beklage, daß er keinen Kredit finde, gebühre wahrhaftig zu denen, die keinen Kredit verdienen, denn wer Kredit verdiene, der finde ihn auch. Die Reichsbank aber habe in erster Linie dafür zu sorgen, daß ihre eigene Erhaltung nicht gefährdet werde. Wenn man einen Vergleich zwischen der französischen und der Reichsbank bezüglich des Goldvorraths ziehen wolle, so müsse man bei der Reichsbank auch die 120 Millionen mit den Zinsen hinzurechnen, die im Lustschloß liegen, und da ergibt sich für Deutschland ein Vorrath von 720 Millionen Mark in Gold oder 900 Millionen Franken, denen in Frankreich 1100 Millionen Franken gegenüberstehen. Wir stehen also nicht viel unglücklicher, wie Frankreich. Die Hauptsache liege aber in dem Verhältnis der unlaufenden Noten zum Vorrath und da liege die Sache für uns noch glücklicher, denn bei uns betrage dieses Verhältnis 89 Prozent, in Frankreich nur 80 Prozent. In Frankreich existire nun bloß die französische Bank, während Deutschland noch die sächsische und bayerische Bank besitzt. Bei uns besteht die gesetzliche Vorschrift, daß wenigstens ein Drittel der Noten der Reichsbank durch Vorrath gedeckt sein muß; für die französische Bank bestünde eine solche Vorschrift nicht, sie könne Noten ausgeben so viel sie wolle. Und wenn man immer behauptet werde, daß die französische Bank dem Staate Dienste geleistet habe, so frage es sich nur, was für Dienste? Das Vertrauen der Franzosen zu ihrer Bank beruhe hauptsächlich in dem Glauben an den großen Reichtum des Landes. Bei einer so wichtigen Frage, wie die Bankfrage, soll man mit der Bewilligung nicht weitergehen, als die Regierung es verlange und deswegen möge das Haus die Regierungsvorlage unverändert annehmen, damit keine Störung nach außen eintreffe, wobei im Kredit noch Dunkel. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Rdp.) bestreitet dem Bundespräsidenten v. Dechene gegenüber, daß ein großer Silberbestand im Falle eines Krieges ein Nachteil sein würde, im Gegenteil, er glaube, es würde dies ein großer Vorteil sein. Was die Leistung der französischen Bank anlangte, so hätte sie sich gerade nach dem französischen Kriege, nachdem Frankreich die Milliarden an uns abgezahlt, dadurch große Verdienste um den Staat erworben, daß sie in ungläubiger kurzer Zeit die Folgen dieser Milliardenabzahlung überwunden habe. Dies würde keiner andern Bank möglich sein. Daß die freisinnige Partei erklärt habe, daß sie einstimmig für die Regierungsvorlage stimmen werde, das sollte doch für die Herren der verbündeten Regierungen höchst bedeutend erscheinen. (Heiterkeit.)

Der Präsident v. Dechene protestiert gegen das Vorgehen des Vorredners, welcher trotz sei-

nes und des Abg. Vamberger durch Zahlen geführten Nachweises sich wiederum nicht habe enthalten können, auf die französische Bank ein Lob zu singen.

Abg. v. Stumm (Rdp.) erklärt, daß er für die unveränderte Regierungsvorlage stimmen werde.

Abg. Graf v. Mirbach (kons.) drückt seine Freude darüber aus, daß die verbündeten Regierungen nach der Erklärung des Herrn v. Bötticher dem Verstaatlichungsantrage des Grafen Stolberg nicht feindselig gegenüber stehen, dadurch werde es ihm leichter, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen.

Abg. v. Hüne (Ztr.) rechtfertigt noch einmal seinen Antrag gegenüber den gegen denselben erhobenen Einwendungen namentlich vom Regierungssitze aus.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, daß das Reich allerdings berechtigt sei, die Bedingungen für die Verlängerung der Bankkonvention festzustellen, daß es aber dabei nicht das Gefühl einer Unbilligkeit hervorgerufen dürfe und daß es daher zweckmäßig sei, die Norm so zu gestalten, daß die Bankanteileigner auch für das Risiko, welches sie übernehmen, ein entsprechendes Äquivalent bekommen und dabei zugleich nicht weiter zu gehen, als die bisherige Verwaltung es zulasse. Und nun betrachte man den ganzen Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem Antrag Hüne, derselbe gewähre der Reichstasse 1/10 Prozent mehr, als die Vorlage. Dieses geringe Objekt wegen die Möglichkeit hervorzuheben, daß die Bankanteileigner ihre Anteile flüssig, habe er für gefährlich und empfehle daher nochmals die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. v. Stumm (kons.) erklärt, daß er sich nicht für den Antrag des Grafen Stolberg erwärmen könne, da er sich nicht vergewissern vermöge, wie die Verstaatlichung so rasch und flüssig sich praktisch verwirklichen könne. Ebenso erklärt Redner sich gegen den Antrag von Hüne.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abg. Dr. Meyer (Dfr.) erklärt dem Abg. v. Kardorff, der ihm den Rath gegeben, sich künftig auf das Gebiet der Kalauer zu beschränken, daß er sich auch in Zukunft nicht das Recht nehmen lassen werde, letztere Produkte aller Art nach Gebühr zu verarbeiten. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff: Er entnehme aus dieser Bemerkung, daß der Abg. Meyer unter die ehrbare Jucht der Vöhrgerberger gegangen sei. (Große Heiterkeit.)

Nachdem der Berichterstatter Abg. v. Stumm noch einmal die unveränderte Annahme der Vorlage unter Widerlegung der dagegen erhobenen Einwendungen empfohlen, wird zur Abstimmung geschritten.

Ueber den Antrag v. Hüne, welcher die zweite Dividendengrenze von 6 auf 5 Prozent herabsenken will, wird namentlich abgestimmt und derselbe mit 110 gegen 94 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Grafen v. Stolberg, ein großer Theil der Konventionen und Konventionen, die Polen und die anwesenden Sozialdemokraten, die Vorlage wird darauf unverändert angenommen und ist dadurch der Antrag Graf Stolberg erledigt.

Ueber den Antrag Mooren wird in dritter Lesung abgestimmt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Tagessordnung: Anträge Dr. Barth (Arbeitsbücher) und Dr. v. Meißner (Wanderung des Zolltarifs).

Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember. Die feierliche Eröffnung des Museums für Naturkunde der Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin (Anwaltsstraße 43) fand heute Mittag 12 Uhr im Beisein Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin statt.

Nachdem bereits früher auf das Ergebnis der für das zweite Vierteljahr 1889 für die Kohlenbewerthe Preussens aufgestellten amtlichen Lohnstatistik hingewiesen ist, mag daran erinnert werden, daß nunmehr auch für einen der wichtigsten Distrikte, die königlichen Steintohlengruben in Saarbrücken, die Lohnstatistik für das dritte Vierteljahr vorliegt. Diese Statistik ist insofern von besonderem Interesse, weil daraus die Lohnbewegungen in Folge der Lohnbewegung des Frühjahres voll und genau zu ersehen sind.

Während die Zahl der Arbeiter vom 1. zum 3. Vierteljahr nur von 25,219 auf 25,677, also noch weitaus nicht um 2 Prozent, und die Zahl der erfahrenen Schichten von 1,806,133 auf 1,882,650, also um rund 10 Prozent stiegen, vermehrte sich der Gesamtbetrag der verdienten Löhne von 5,262,509 auf 6,758,102 Mark, also um über 28 Prozent. Der Durchschnittsverdienst für die Schicht liegt von 2,91 auf 3,41 Mark, oder mehr als 17 Prozent. Noch günstiger gestaltet sich dieses Verhältnis bei den eigentlichen unterirdisch beschäftigten Bergleuten, welche 60 bis 70 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Für diese stieg der reine Schichtlohn, d. h. nach Abzug nicht allein aller Arbeitskosten, sondern auch der Knappschaftsbeträge z. von 3,06 Mark auf 3,64 Mark, also um nahezu 20 Prozent, und zwar bei verhältnißmäßig kurzer Dauer der Schicht.

Wie schon berichtet, tritt am 19. Dezember dahier eine Kommission des Deutschen Handelszuges zusammen, um u. a. auch über die Ergebnisse der Reiseexposition und den Streifen der Großindustrie in Betrachtung zu treten, welche sich bekanntlich aus Anlaß der Bergwerksfreigabe im Sommer nach England begab, um die dortigen Arbeitsverhältnisse zu studieren. Wie wir nun aus zuverlässiger Quelle vernehmen, wird der Bericht gebührender Deputation auch in nicht ferner Zeit im Buchhandel erscheinen, und wird ferner namentlich voranschauen in Folge dieses Berichtes auch seitens der Großindustriellen selbst der Widerstand gegen die von den Arbeitern geforderten Arbeitsvertragsänderungen aufgegeben werden, da die Kommission sich von der feldensreichen Wirklichkeit der englischen Gewerbetreibenden, welche auf gleicher Basis beruhen und im Wesentlichen gleiche Ziele verfolgen, selbst überzeugt hat. Hiermit dürfte ein von der liberalen Presse

von Anfang an auf das dringendste angerathener wesentlicher Schritt zur Sicherung des sozialen Friedens übernommen werden.

Die „Bef. Ztg.“ schreibt: Man wird nicht sagen können, daß Herr Richter seine Kolonialdebatte glücklich geführt hat. Wenn man in diesem Augenblick eine Probe anstellen könnte, wie sich seit drei Tagen die Ansichten der Wähler über die deutschen Kolonien geändert haben, so würde man finden, daß Herr Richter eine Embalse erlitten hat. Das ist allein der äußeren Färbung der Debatte und jenem Ueberflusse zuzuschreiben, der ihm schon so manchen Verlust eingebracht hat. Die Debatte verlief so, daß das Publikum, dem die Einzelheiten rasch entwichen, den Eindruck behalten wird, daß Richter von Graf v. Bismarck, Geh. Rath Kramm und Wernmann in den Thatsachen gehörig abgeführt sei, und dazu tragen offenbar Frethümer in manchen Einzelheiten ebenfalls bei. Wenn die Ansichten des Publikums gleichgültig sind, der mag über solche Folgen spotten und sich auf seinen Gelehrtenhändeln beschränken, aber leider ist das durchaus unpolitisch. In der Politik handelt es sich um Machtfragen und wer die Macht verliert, ist die Wählerkraft. Deshalb sollte man sich vor einer Exultation-Stimmung hüten und nicht die Dinge so überschärp zu tippen, daß die Wählerkraft unerschütterlich werde. Das gilt auch von dem Rathschlag des Abg. Barth, Südafrika so rasch wie möglich aufzugeben. Man mag im Lande herumziehen, so viel man will, so wird man doch verweigert wenig Leute finden, die das geneigt wären.

Wittgen, 27. November. Mit allerseits lebhafter Befriedigung ist hier die Nachricht aufgenommen, daß der Kaiser dem bekannten Archäologen unserer Hochschule, Professor Dr. Wiegeler, den Titel eines Geh. Regierungsraths verliehen hat. Prof. Wiegeler gehört zu den ältesten und man kann wohl sagen verdienstlichen Lehrern unserer Universität, ihm verdanken eine recht lange Reihe von tüchtigen Schülern, die an Gymnasien und Universitäten wirken, ihre archäologische Ausbildung und widmen ihm ein pietätvolles Gedenken. Auch auf wissenschaftlichem Gebiete ist Wiegeler wenn auch kein Bahnbrecher, so doch einer der treuesten Arbeiter.

Frankreich.

Paris, 2. Dezember. Die hier erscheinende Ausgabe des „Newport Herald“ bringt folgende Depesche des Korrespondenten des Blattes, welcher bekanntlich Stanley mit der Wissmannschen Karawane entgegengegangen ist: „Im Uich zwischen Misi und Pongui, 28. November, 7 Uhr Morgens. Wir können auf diesem Wege nichts über Stanley in Erfahrung bringen. Wir lassen einen Posten in Pongui und werden nach Misa auf dem anderen Wege vorgehen, wo wir dann halten bis wir Nachrichten bekommen. Unsere Karawane führt die für Stanley bestimmten Proviantvorräthe des „Newport Herald“ und die für Emin Pascha bestimmten des Entflossenen. Wir zählen im Ganzen 50 Mann mit einer Eskorte von 100 Sudanesen.“

Sankt Petersburg, 1. Dezember. Stanley sagt in einem Schreiben an Mieselski, 26. November, er und seine Begleiter seien alle wohl und erfreuen sich des Luxus, mit welchem Wissmann sie bedacht. Aber er beklagt sich bitterlich, daß er 2 Jahre und 11 Monate ohne Nachrichten geblieben sei, da seine Briefsendungen verloren gegangen oder geraubt worden seien. Eine Nachschrift vom Morgen des 27. meldet, daß Stanley seinen Briefe vom Konjuli Smith erhalten habe. Stanley giebt seine wahrscheinliche Marschroute folgendermaßen an: 27. November Serengeri, 28. Misa, 29. Kugela, 30. Marich nach Mubani, Entreffen dortselbst 1. Dezember, Reise 2., Kugelauf 3., Daga-moya 4., Sankt Petersburg 5. Dezember.

Schweden und Norwegen. Christiania, 27. November. Die Vertheilung der Vertheilungsgeldleistungen und für die Wehrarmamachung des Landes überhaupt ist jetzt in gutem Zuge; neben den älteren Vertheilungsgesetzen bilden sich neue, und das Beispiel, das einzelne Städte und einzelne wohlhabende Männer gegeben haben, wirkt mit unübersehbarer Kraft auf andere. In der hiesigen Versammlung von 300 bis 400 Franken, in welcher General Quasnow den Vorsitz führte, und der Universitätsbibliothekar Drosium eine längere Rede über die Möglichkeiten bei einem europäischen Kriege und die Wahrung der Selbstständigkeit des Landes vortrug, wurde am 18. d. M. ein „Arbeitsentwurf“ von 10 Frauen und 5 Männern gewählt, welche sich der schweren Aufgabe, die Sammlungen im Lande zu organisieren, unterziehen, und nun sind bereits in Frederikshald, in Arendal, Drontheim, Tönsberg, soeben auch in Stavanger, neun solche Vereine gebildet und Sammlungen eröffnet worden. Die Summen, die, um durch gutes Beispiel anzuregen, gezeichnet worden, sind gar nicht unbedeutend: in Frederikshald waren es fast 3300 Kronen zusammen; davon kamen 2500 auf den Großhändler Stang, 500 auf den Schiffseigner Tams. Für den Verein in Tönsberg hat der im ganzen Lande und auch auswärts bekannte, oben im Norden seinem ausgebreiteten Geschäft obliegende Walfischfänger Swend Jørgen 5000 Kronen beigetragen und dieselbe Summe für das nächste Jahr versprochen, wenn das beabsichtigte Unternehmen mit Erfolg betrieben werde. Für die hiesige Sammlung, welche mit 2 mal 10,000 Kronen begonnen, sind von einem Unbekannten, ferner vom Generalkonsul Christophersen und einem Großhändler Paulsen neuerdings je 5000 Kronen eingegangen, und auf der Damentafel sind von Dr. Wille 2000 und von mehreren jährliche Beiträge von 50 bis 100 Kronen gezeichnet.

Die Bewegung wurde Anfangs von Männern der Linken als eine einseitige „Rechtsenache“ in ables Licht gestellt. Sie konnten auch nicht einer Sache günstig sein, welcher entgegen zu arbeiten damals zum Programm der Partei gehörte hatte. Während jetzt Fehler der neuen Verfassung wieder gut gemacht, Forts neu aufgerichtet, Kreuzer und Minen zur Vertheidigung der Küsten angehängt werden sollen, war die Partei in den letzten Jahren bemüht gewesen, namentlich wenn neue Wahlen bevorstünden, das Sterblich zur Aufhebung oder Kürzung der Feldbesitzungen des nächsten Sommers zu veranlassen, die Festungen des Landes ohne Ersatz niederzulegen, die für Bau und Bewaffnung von Kriegsschiffen ange-

legten Summen zu kürzen. Gegenwärtig muß auch die Linke dem in der Bevölkerung auftretenden Drange sich fügen; an mehreren Stellen sind Männer dieser Richtung den Vertheilungsgeldleistungen beigetreten, und in Stavanger befindet sich der als Haupt der gemäßigten Linkenpartei, die zuletzt noch mit Swerdrup hielt, bekannter Hauptpastor Stedal, unter den für einen Verein Aufseheren.

Ob es bei dem gemeinsamen Ziele, zuoberst ein Kriegsschiff zu bauen, bleiben wird, ist fraglich geworden, seitdem in Drontheim, der bei einem Kriege vermöge ihrer günstigen Lage und ihrer Eisenbahnverbindungen vor anderen bedrohten Stadt, der örtliche Verein sich für örtliche Vertheilungsgeldleistungen erklärt hat. Auch in Tönsberg, am Eingange in den Fjord vor Christiania, waren Sängerveranstaltungen durch Minen und Küstenbatterien ursprünglich vom dortigen Verein beabsichtigt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Dezember. „Undine“ wird heute Dienstag im Stadttheater zu halben Preisen (Parquet 1 Mark) zur Aufführung kommen, morgen Mittwoch findet die jüngst wegen Enttarnung eines Missethats angelegte Wiederholung der Hofschauspiel „Gespensker“ statt.

Am Freitag, den 6. dieses Monats, findet das erste Benefiz in der diesjährigen Theater-Saison statt. Unsere erste dramatische Sängerin Fräulein Sophie Calmbach wird hierbei die Selica in Weber's „Africana“ singen. Die große Beliebtheit unserer Primadonna wird ohne Zweifel nicht verfehlen, derselben zu ihrem Ehrenabend ein außerordentliches Haus zu bringen.

Am 2. d. d. „Deutscher Armen-Verein Unterstadt“ veranstaltet am Sonntag, den 8. Dezember dieses Jahres, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Abendhalle zum Besten einer Weihnachtsbesprechung ein Konzert unter Leitung des Organisten Herrn Robert Schumann und unter gefälliger Mitwirkung der Pianistin Fräulein Marie Bröning, sowie einiger Damen und Herren von der Akademie für Kunstgelingen des Herrn Direktors Kabisch. — Zur Aufführung gelangen außer Solopiecen, gemischten Quartetten u. auf instrumentalem Gebiete Andante und Variationen für zwei Klaviere von Robert Schumann, Fantastische Impromptu von Chopin, Lied ohne Worte von Mendelssohn für Cello und Klavier und für dieselben Instrumente: Larghetto von Raff.

Der der Gräfin v. Ribbepere gehörige Dampfer „Lina“, welcher sich gestern früh auf der Fahrt nach Swinemünde befand, gerieth auf dem Haff in der Nähe des Feuerwerks „Emanation“ auf Grund. Trotzdem ein großer Theil der Ladung in zwei nach dort geschleppten Rähnen gelöst wurde, gelang es dem Dampfer nicht, bis heute wieder flott zu werden.

Nach einer Meldung aus Newport sollen in der Untersuchung über das Scheitern der Stettiner Bark „Germania“ zwei Matrosen ausgegast haben, daß der Kapitän das Schiff absichtlich auf den Strand habe laufen lassen. Von der Mannschaft des Schiffes sind gerettet: H. Doven, Steuermann aus Stettin, A. Manthey, Matrose aus Rastatt, G. Briebe aus Albstadt, E. Barlach, Segelmacher aus Trittau, und R. Hein, Schiffsjunge aus Wredow. Verunglückt sind: Kapitän Windhorst aus Belsch, Zimmermann Moldenbauer aus Ostrow, Schiffsfeldsch. D. Bledert aus Trebenow, die Matrosen W. Balz aus Osterow, J. Kressin aus Königsfelde, A. Bergheim aus Emden, G. Volter aus Trittau, und die Schiffsjungen D. Brauer aus Starogard und B. Wittenberg aus Grabow. Da sich nach dieser Liste der Kapitän unter den Verunglückten befindet, so bleibt unerklärlich, was derselbe dazu veranlaßt haben könnte, den Schiffbruch selbst herbeizuführen. Die Leichen von drei Leuten der Mannschaft sind gestern Mittwoch bei Long Beach (an der Küste New-Yorks), wo das Unglück geschah, ans Land geschwommen worden.

Die Regierungen, Regierungspräsidenten Provinzial-Generaldirektoren u. s. w. sind kürzlich von den zuständigen Oberpräsidenten davon in Kenntniß gesetzt worden, es sei der Wille des Kaisers und Königs, daß in Zukunft weder Gemälde noch Bildwerke allerhöchster Personen oder ihrer Vorfahren ohne sein Vorwissen für öffentliche Kunst u. s. w. Anstalten und Sammlungen sowie überhaupt ohne sein Vorwissen für öffentlichen Fonds, über welche Staatsbehörden zu verfügen haben, bestellt werden. Demnach werden alle sonst wohl aus den bei Verwaltungen und Gerichtsbehörden bestehenden Vorräthen bewirkten Anschaffungen von Bildwerken der gedachten Art der kaiserlichen Genehmigung bedürfen, wenn nicht die vorhergehende Anzeige für genügend erachtet wird, was indeß sich jetzt nicht angeht.

Nach den Bestimmungen des Jagdschönheitsgesetzes vom 26. Februar 1870 dürfen in diesem Monat geschossen werden: Nämliches und weibliches Roth- und Damwild, Wildbär, Rehböck, Fasan, Auer, Wild- und Jagdhühner, Hennen, Enten, Trappen, Schnepfen, Sumpfs- und Wasservögel, Wachteln, Haselhühner und in der ersten Hälfte des Monats Riden. Dagegen sind von der Jagd zu verwehren: Der Dachs, Rehbühner, Rehfalter und in der zweiten Hälfte des Monats Riden.

Aus den Provinzen.

2. Kreisberg, 1. Dezember. In Strecken, einem Dörfchen unseres Kreises, trug sich in dieser vergangenen Woche ein recht betriebsamer Unglücksfall zu. Die Frau des Bauern Laabs war mit ihrem Dienstmädchen bei der Wäsche beschäftigt und hatte ihr 1 1/2 Jahr altes Kind in der Küche unmittelbar an den Rand des Waschtisches gelegt, der mit feuchter Lauge gefüllt war. Einer Warnung der Nachbarn, daß die dort etwas unrichtig, ungeschickt, ließ die Mutter das Kind dort sitzen und entfernte sich später, ohne dem wachsenden Mädchen die Döbnt hinter das Kind anzuvertrauen, die plötzlich einen Klatsch hörte, und zu ihrem Schrecken gewahrte, daß das Kind in den Kessel gefallen war. Obgleich sie sofort das Kind herauszog und so schnell wie möglich ein Arzt geholt wurde, mußte daselbst unter furchtbaren Schmerzen in der Nacht sterben. Die Sache wäre wohl still gelassen, wenn nicht am folgenden Tage der Waidmüller Schilber aus dort kam, der von der Sache hörte, den Thatsache feststellte und sofort der Behörde davon Anzeige machte, in

